

Von: DPoIG@DPoIG-Thueringen.de
Gesendet: Freitag, 9. Juli 2021 12:48
An: Landtag Poststelle
Betreff: Anhörungsverfahren Altersgeld

THÜR. LANDTAG POST
09.07.2021 12:47

17670/2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e. V. (DPoIG Thüringen) bedankt sich für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme im Anhörungsverfahren zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Einführung eines Altersgeldes sowie zur Änderung versorgungs-, besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften.

Die DPoIG Thüringen ist Mitglied im Dachgewerkschaftsverband der Beamten und tarifbeschäftigten für den öffentlichen Dienst des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.

In diesem Zusammenhang wird im Rahmen des Anhörungsverfahrens auf die Stellungnahme des tbb beamtenbund verwiesen.

Artikel 1 - Thüringer Altersgeldgesetz (AltGG)

Mit dem Gesetzentwurf wird in Thüringen erstmalig ein Altersgeldanspruch als Alternative zur bisherigen Nachversicherung eingerichtet.

Der tbb begrüßt die jetzt gefundene Fassung des Entwurfs.

Beantragt ein Landes- und Kommunalbeamter auf Lebenszeit oder ein Richter seine Entlassung aus dem Dienstverhältnis, um in die Privatwirtschaft zu wechseln, verliert er damit seine Versorgungsansprüche und wird in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert - zu deutlich schlechteren Konditionen. Der tbb hatte bereits 2012 auf die Einführung von Altersgeld in Thüringen gedrungen. In diesem Jahr hatte der Bund bereits ein solches Gesetz auf den Weg gebracht. Bisher wird ein freiwilliger oder aus strukturellen Gründen ‚notgedrungener‘ Aussteiger so behandelt, als hätte er die höchste Disziplinarstrafe, die das Beamtenrecht kennt, erhalten: Das Beamtenverhältnis endet, dem Beamten werden sämtliche Versorgungsansprüche gestrichen, und er wird nur in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Mit dem Altersgeld erhalten diese Aussteiger jetzt eine existenzfeste Perspektive, die ihrem Einsatz für das Gemeinwesen angemessen ist. Auch in den Reihen unserer Fachgewerkschaften wird teilweise kritisiert, dass das Altersgeld die Erosion des traditionellen, auf Lebenszeit angelegten Beamtenverhältnisses bedeuten könne, womit tendenziell sogar eine Gefahr für die Attraktivität des Beamtendienstes bestehen würde. Auf der anderen Seite sehen alle die Notwendigkeit der Modernisierung und das Altersgeld wird auch als Baustein eines modernen und zeitgemäßen Beamtendienstes bewertet.

Daher begrüßen wir die Entscheidung (immerhin nur 8 Jahre später) in Thüringen Altersgeld einzuführen. Wir sehen darin auch die Möglichkeit, die Mobilität der Beamtenschaft zu erhöhen, sei es durch einen Wechsel in Bereiche außerhalb des öffentlichen Dienstes, sei es durch Gewinnung Externer für eine Beamten-tätigkeit. Zugleich würden Kollegen, die im öffentlichen Dienst „nicht mehr weiterkommen“ bzw. keine Perspektive haben, die Möglichkeit erhalten, sich in der privaten Wirtschaft zu erproben. Die Möglichkeit, vorzeitig aus dem öffentlichen Dienst auszuschneiden, ohne allzu gravierende Nachteile vergegenwärtigen zu müssen, wäre gewissermaßen die Antwort auf eingeschränkte Beförderungsmöglichkeiten sowie den festgelegten Personalabbaupfad der Landesregierung an dem trotz unserer Proteste festgehalten wird. Wir sehen auch die Gefahr darin, notwendiges leistungsstarkes Fachpersonal zu verlieren. Wir setzen jedoch auch weiterhin unsere Hoffnung in den tatsächlichen

Reformwillen der Landesregierung, Potentiale für den Fachkräfteerhalt sowie für die Fachkräftegewinnung zu erkennen und zu etablieren.

Der EuGH hat nunmehr festgestellt, dass diese Praxis eine (unzulässige) Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit darstelle, und daher entschieden, dass deutsche Beamten, die auf ihren Status verzichtet haben, um eine andere Beschäftigung auszuüben, ebenfalls Ruhegehalts- bzw. Altersrentenansprüche zustehen, die jenen vergleichbar sind, die sie bei ihrem ursprünglichen Dienstherrn erworben hatten (EuGH vom 13. Juli 2016; Az. C-187/15).

Artikel 2 - Änderung des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes

Der Gesetzentwurf novelliert das bisherige Landesrecht im Wesentlichen nach Maßgabe der über das Versorgungsrecht hinausreichenden bundesrechtlichen Entwicklung, setzt aber auch - wie bereits zuvor - eigene Akzente.

Auch zu diesem Entwurf haben wir keine weiteren (zusätzlichen) Beanstandungen.

Zu Nr. 4 - § 13a (neu)

Die neu eingefügte Vorschrift dient der Befriedung des rechtsstreitanfälligen Gebiets der ruhegehaltfähigen Berücksichtigung und/oder Abfindung von Zeiten einer über- und zwischenstaatlichen Verwendung. Die komplexe Regelung ist der Novellierung des Bundesrechts nachgebildet und wird als sachgerecht angesehen.

Zu Nr. 9 - § 65

Die Erhöhung des Kindererziehungszuschlags für vor 1992 außerhalb des Beamtenverhältnis geborene Kinder von 12 auf 30 Monate entspricht der Entwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung und wird begrüßt.

Zu Nr. 11 und 12 - §§ 72,73

Wie schon oben unter Nr. 4 wird die Übernahme der bundesrechtlichen Regelung in diesem komplexen Regelungsfeld der Berücksichtigung von Versorgungsbezügen aus zwischen- und überstaatlicher Verwendung begrüßt und als sinnvoll erachtet. Die mutmaßlich geringe Anzahl der Anwendungsfälle im Landesrecht würde eine möglicherweise in Detail eigenständige Landesregelung nicht rechtfertigen können.

Zu Nr. 13 - § 77 Abs. 6

Die Erhöhung der Zurechnungszeit auf die Vollendung des 62. Lebensjahres auch für die besondere Gruppe der Beamten auf Zeit wird als gerechtfertigte Gleichbehandlung begrüßt. Ohnehin ist die in Thüringen erfolgte Anhebung anerkennend zu erwähnen.

Zu Nr. 16 - § 92 j (neu)

Die weitere Gleichstellung von Rentenzahlungen aus dem Vereinigten Königreich mit den EWRRenten für Bestands-Versorgungsempfänger wird als sachgerecht angesehen. Die über die Bestimmungen des § 17 Abs. 2 und des § 72 Abs. 8 unzweideutig festgelegte (Nicht-) Berücksichtigung und (Nicht-) Anrechnung ausländischer Rentenzahlung kann insgesamt als vorbildlich im föderalen Vergleich bezeichnet werden.

Artikel 3 - Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Zu Nr. 14 - § 60 Abs. 1 Satz 2 (neu)

Der tbb begrüßt die nachvollzogene Gleichstellung. Die Auszahlung wäre monatlich. Zu kritisieren ist jedoch, dass es im ursprünglich vorgelegten Entwurf noch anstatt „20,50 EUR“ „22,50 EUR“ hieß.

Zu Nr. 21 - Anlage 5

Die Anhebung der W3 Besoldung begrüßen wir. Wir gehen davon aus, dass die Rechtsprechung zu den Abstandsgeboten dabei beachtet wurde.

Zu Nr. 23 - Anlage 8

Die Kritik wird aufrechterhalten: Zu a) Der tbb begrüßt die Anhebung der Stellenzulage in Tabelle 1 Spalte 4. Hier erfüllt das TFM eine Zusage aus dem Jahr 2019 gegenüber dem tbb. Nicht berücksichtigt dabei wird, dass die Kritik neben der Höhe der Stellenzulage – auch gegenüber der unterschiedlichen Höhe zwischen mittleren und gehobenen Dienst – galt. Dies wird im vorgegebenen Entwurf fortgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen,

Stellv. Landesvorsitzender
DPoIG Thüringen e.V.

Mail: DPoIG@DPoIG-Thueringen.de web: www.dpolg-thueringen.de

Twitter: @DPoIGThueringen